

Medienkonferenz Kompetente Alltagsarbeit – zukunftsweisende Akzente Zwei Jahre Regierungsmehrheit von SP und Grünen trägt Früchte

4. April 2008

Irène Marti Anliker, Parteipräsidentin SP Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Regierungsmehrheit von SP und Grünen trägt bereits heute Früchte; die Bevölkerung profitiert von wichtigen Verbesserungen, zum Beispiel im Sozial- und Bildungswesen, beim Umweltschutz, sowie in der Wirtschaftspolitik. Als kritische JournalistInnen müssen Sie natürlich skeptisch sein, wenn die Parteipräsidien der betroffenen Parteien Ihnen ihre Sicht der Halbzeitbilanz vorstellen. Deshalb haben wir ein umfassendes Papier ausgearbeitet, wir wollen unsere Aussagen mit Fakten belegen.

Der Regierungsrat hat sich bereits im Rahmen seiner Legislaturzielen der Nachhaltigkeit verpflichtet. Nachhaltige Politik soll den sozialen, den wirtschaftlichen und den ökologischen Bedürfnissen gerecht werden. Langfristige Entwicklungen von Staatsgebilden, und auch von Unternehmungen, sind nur möglich, wenn die Grundsätze der Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle spielen. Nachhaltigkeit wird in der Politik oft als leeres Schlagwort verwendet. Mit der heutigen Halbzeitbilanz können wir feststellen, dass die Regierung im Kanton Bern nachhaltige Politik konkret umsetzt. Vor allem in den folgenden Politikbereichen ist das sichtbar:

1. In der ökologischen Politik
2. In der Sozial- und Bildungspolitik
3. In der Wirtschaftspolitik

1. Die Regierung sorgt für eine ökologische Wende.

Hier betone ich die Energiestrategie, welche im Sommer 2006 vorgestellt worden ist. Der Kanton Bern verfügt damit über eine sehr fortschrittliche Grundlage für die Energiepolitik. Das ist angesichts der Klimaveränderung auch dringend notwendig. Auch deshalb ist es für mich noch heute nicht nachvollziehbar, warum die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat im Jahr 2007 eine Sistierung der Arbeit am Energiegesetz verlangt hat. Von der Neuauflage des Energiegesetzes erwarten wir, dass es den Weg zur langfristigen Zielreichung der 2000-Watt-Gesellschaft ebnet. Es braucht eine Neuausrichtung der Energiepolitik, welche auf mehr Energieeffizienz, auf erneuerbare Energien und das Einsparen von Energie setzt. Einen weiteren Schritt in die richtige Richtung machte die Regierungsmehrheit mit der ökologischen Reform, welche für

die Motorfahrzeugsteuer vorgesehen ist. Auch über die Kantonsgrenze hinaus konnte die Regierungsmehrheit Akzente setzen: Der Kanton Bern konnte interkantonal ein Feinstaubkonzept durchsetzen, welches Grenzüberschreitungen klar regelt.

2. Akzente in der Sozial- und Bildungspolitik

Mit der Teilrevision des Volksschulgesetzes konnte sich die Regierungsmehrheit auch im Grossen Rat Gehör für die Verbesserung im Tagesschulangebot verschaffen. Damit kann endlich eine langjährige Forderung der SP und der Grünen umgesetzt werden. Zu einer nachhaltigen Politik gehört auch die Umsetzung des Integrationsartikels aus dem Volksschulgesetz. Jetzt erhalten die Gemeinden in diesem wichtigen Bereich die notwendige Unterstützung des Kantons.

Mit der Lehrstellenkonferenz gaben die Erziehungs- und Wirtschaftsdirektion gemeinsam einen wichtigen Impuls im Bereich Berufsbildung und Jugendarbeitslosigkeit.

Im Gesundheitsbereich gestaltete der Regierungsrat die Folgearbeiten aus dem Spitalversorgungsgesetz im Interesse einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung.

Für die zweite Legislaturhälfte sehen wir im Bereich Sozialpolitik folgende Schwerpunkte: Angebotsenerweiterung für Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung, Armutsbekämpfung, vor allem bei Familien und bei Leuten, die in prekären Arbeitsverhältnissen oder ohne Arbeit sind.

Die Umsetzungsarbeiten des NFA dürfen keine Nachteile für Menschen mit Behinderung bringen.

Und: Wir wollen griffige Massnahmen zum Schutz vor dem Passivrauchen.

3. Aktive und innovative Wirtschaftspolitik

Erstmals hat im Jahr 2006 ein SP-Regierungsrat die Volkswirtschaftsdirektion übernommen, was zu einigem Aufsehen geführt hat. Wir stellen in unserer Bilanz fest, dass die Regierungsmehrheit bereits im Frühling 2007 eine neue Wirtschaftsstrategie vorgestellt hat, welche im Zeichen der Nachhaltigkeit steht. In vier Handlungsfeldern wurden konkrete Massnahmen bestimmt, welche nun umgesetzt werden. Der Wohnstandort Bern wurde mit der Lancierung des ESP Wohnens und mit dem Bericht zur Initiative „Günstig Wohnen“ gestärkt.

In der zweiten Legislaturhälfte wird ein nationales wirtschaftspolitisches Thema ausserordentlich wichtig sein: Die Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Hier erwarten wir vom Regierungsrat, dass er sich für diese Reform einsetzt, aber auch für die notwendigen Schutzmassnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, sowie gegen Schwarzarbeit.

Die Umsetzung der Wachstumsstrategie soll zügig vorangehen und Bern als Wirtschaftsstandort weiter stärken.

Ich halte fest: Die Halbzeitbilanz der rotgrünen Regierung lässt sich sehen. Sie setzt die nachhaltigen Ziele um, setzt so Akzente für eine zukunftsweisende Politik. Das Vorgehen der Regierungsmehrheit kann als pragmatisch, konsensorientiert und Überlegt beschrieben werden.

In den nächsten zwei Jahren wird es zentral sein, dass die Regierung die Staatsfinanzen weiter stabilisieren und konsolidieren kann, damit Handlungsspielraum für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden kann.

Ebenfalls erwarten wir, dass der Regierungsrat den Reformprozess im Kanton Bern fortsetzt, im Bereich Jugendgewalt konkrete Massnahmen vorgestellt werden und dass in der Kulturpolitik auf ein breites Angebot mit einem niederschweligen Zugang für die Bevölkerung gesetzt wird.

Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat mit seinem ausgewogenen Mix aus Dynamik, Seriosität, Sorgfalt und Souveränität dafür sorgen wird, dass auch die Bilanz der gesamten Legislatur in der breiten Bevölkerung sehr positiv ausfallen wird.